

Volksanzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Hedra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mfr.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Köpelen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Kaufmännische Buchdruckerei, Köpelen.
Geschäftsstelle in Hedra: Frau Kaufmann Weis, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Köpelen Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmen 12 Pf. Anzeigenannahme von Donnerstag bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtparisse Hedra — Bankverein Artern.

Nr 29

Donnerstag, den 8. März 1928

41. Jahrgang

Pilsudskis Sieg.

In den östlichen Staaten Europas muß man parlamentarische Wahlen beachten in Anbetracht der Tatsache, denn mit der Freiheit der Wahlaktion ist es für die politische Opposition ebenso schlimm bestellt wie mit der Stimmabgabe. Und meistens auch mit der Zuverlässigkeit bei der Ermittlung des Wahlergebnisses. Der Wahlkampf ist ein Kampf der Kräfte, Gewalttätigkeit und Betrug sind etwas Alltägliches und die Regierung erhält dann meistens auch gerade das von ihr gewünschte Resultat.

Pilsudski hat sich ja als Diktator in einer sehr betonten Gegenüberstellung zum Parlament überhaupt befinden und seine Wahlkreise hat er nicht parteipolitisch, er wollte sozialisten eine Partei der unabhängigen Kräfte bilden, die namentlich der tief eingegriffenen Korruption der früher unumschränkt regierenden, übrigens sozialnationalistischen Wahlen zu Leibe gehen sollte. Parlamentarisch gesehen, steht er noch immer links, wenn auch an ihm von den Spuren seiner sozialistischen Vergangenheit kaum noch etwas übriggeblieben ist. Hierfür hat er natürlich aber trotzdem alle Mittel europäischer Wahlbeeinflussung eingesetzt, namentlich im Osten Polens, und das trug recht viel zu dem Erfolg bei, den er errungen hat. Er hat jetzt eine Partei unbedingter Anhänger hinter sich an der Spitze, wie sie bisher kein polnischer Ministerpräsident zur Verfügung gehabt hat.

In Deutschland hat man aus naheliegenden Gründen den Wahlkampf sehr genau verfolgt und mit großer Bitterkeit feststellen müssen, daß dabei gegen die Deutschen in Polen nicht minder scharfe Stimmmethoden der Verböhrden gebraucht wurden als früher in der Zeit der Nationalistenherrschaft. Überhaupt sollte man sich vor dem Glauben hüten, als bedeute das Regime Pilsudskis irgendeine besondere Vorentscheidung der Deutschen gegenüber. Weder der andere Ormen noch in den Beziehungen zum Reich. Darin findet sich eben alles in Polen zusammen, gleichgültig, ob man Freund Pilsudskis oder dessen Gegner ist, ob man links oder rechts steht. Die politischen Kräfte sind eben eine durch und durch in europäischer Angelegenheit gewesen und werden es in ihren Auswirkungen auch bleiben.

Um so erfreulicher die große deutsche Erfolge, namentlich in Ostpreußen. Man weiß ja, wie es dort im Wahlkampf zuging, den Vorzug der Sozialdemokratie selbst letzte, einmal einer der obersten Führer bei den Einsätzen der polnischen Sozialisten nach Oberschlesien hinein. Anhebung der deutschen Zeitungen, Verfolgung jedes Deutschen, der öffentlich für sein Volkstum eintrat, Gewalttaten und schwerer Fehler bei deutschen Wahlversammlungen, die schließlich gar nicht mehr stattfinden konnten, weil sie durch die Wahlmännervereine angehindert wurden, und trotz alledem haben die dortigen Deutschen über 70 000 Stimmen mehr erhalten als bei den letzten Sejmwahlen 1922. Nur 4000 Stimmen weniger als aber mit allen oben erwähnten Mitteln arbeitende Regierungsbild. Dabei sind fast 1922 an 22 000 Deutsche aus Ostpreußen ausgewandert. Die Tragik des deutschen Erfolges wäre noch größer geworden, wenn die deutschen Sozialisten es nicht abgelehnt hätten, mit der deutschen Wahlgenossenschaft zusammenzugehen, sondern sich lieber mit ihren politischen Massenangehörigen verbunden.

Hilflich ist es im Falle von Polen und Westpreußen die polnische Regierungswelt mit dem gleichen Ungemut anbrachte, nicht bloß gebildet, sondern in einzelnen Wahlkreisen trotz aller Schwierigkeiten noch erweitert. Wäre es den Polen nicht gelungen, mit besonders brutalen Mitteln die wehrkräftigen und ukrainische Wahlaktion einfach zusammenzuschlagen, und hätten nicht die hilflosen Parteien infolge einer verhängnisvollen Zersplitterung schwere Verluste erlitten, so wäre der Ministerwahlkampf, in dem alle diese Parteien zusammengeflohen sind, in sehr viel größerer Stärke in den Sejm eingezogen, als das jetzt geschah. So aber blieb es bei einem Gewinn von fünf Mandaten. Und das erfreuliche: der Beweis ist geliefert, daß das Deutschtum in Polen lebt und sich seiner Kraft bewußt ist.

Der Wahlausfall in Polen.

Pilsudskis Stellung gesichert.

Die am Sonntag stattgefundenen Wahlen zum polnischen Sejm (Abgeordnetenhaus) haben, soweit sie jetzt erledigt ist, eine Stärkung für die Stellung des Ministerpräsidenten und Marschalls Pilsudski gebracht. Die dem polnischen Regime feindliche Opposition verlor ansehnlich eine große Anzahl von Mandaten. Sozialdemokraten und demokratische Kleinbauern konnten sich behaupten oder an Mandaten gewinnen, die Kommunisten gewannen an vielen Stellen.

Die deutsche Minderheit

in Ostpreußen und Polen hat sich glänzend behauptet oder ihre bisherigen Siege vermehren können. Die Minderheitsliste soll in etwa 10 Mandate in Ostpreußen und Bromberg und eines in Oberschlesien gewonnen haben.

Das bis Montag nachmittag mit Sicherheit vorliegende Gesamtergebnis verzeichnet etwa die Hälfte der Mandate. Danach erhielt der Regierungswahlblock (Pilsudski) 50 Mandate, die Sozialisten 27, die linken Wahlblöcke der Rechten zusammen 25, die radikalsten Klein-

bauern 14, die regierungsfreundliche Bauernvereinsgruppe 3, die neue oberste Wahlgruppe 3, die Sozialisten 3, die Kommunisten 6. Der Rest der nationalen Minderheiten hatte um die gleiche Zeit bereits 21 Mandate, die übrigen Minderheitsparteien 10.

Die Sozialisten rechneten auf 60 (gegen 44) Mandate, die Regierungsliste dürfte 110 erhalten, der Ministerwahlblock 70, die Nationalen 40 bis 45. Die Rechte verlor fast.

Das Wahlergebnis in Polen.

Die Erfolge der deutschen Listen.

Es ist jetzt werden von den am Sonntag stattgefundenen Sejmwahlen in Polen die genannten Ergebnisse bekannt. Danach erhielt die Regierungsliste mit kleineren regierungsfreundlichen Gruppen 138 Mandate, sozialistische Abgeordnete und sozialistisch eingetragene Bauernparteien 124 Mandate, nationaler katholischer Wahlblock 80 (früher rund 260) Abgeordnete, nationale Minderheiten insgesamt 75 (Minderheitenblock 56), Kommunisten und kommunistisch eingetragene Gruppen 27, wobei Parteien 10, darunter drei Kommunisten-Kandidaten in Oberschlesien. Zusammen hat der polnische Sejm 44 Abgeordnete.

Die Meldungen aus allen Wahlkreisen ergeben die Feststellung, daß die Deutschen überall große Erfolge errungen haben. In Ostpreußen wurden drei deutsche Mandate, in Polen 4, in Oberschlesien und in dem Polen angegriffenen Grenzgebiet zwei. Diesem Erfolg steht überdies noch 3 deutsche Mandate in dem westlichen Wahlkreis Polens (Lodz, Konin und Warschau). Dann wurde noch gewählt ein Deutscher im Landkreis von Lemberg. Hierzu kommen noch wahrscheinlich ein oder zwei deutsche Mandate von der Staatsliste des Minderheitsblocks, so daß man die Gesamtzahl der deutschen Abgeordneten bei der polnischen Sejmversammlung auf 19 schätzen kann.

Am 24. März wird voraussichtlich der neue Sejm zu seiner ersten Sitzung zusammenzutreten. Eine schon in Kombination über die zukünftige Regierungsgestaltung einzufließen, betont die polnische Regierungspresse die großen Erfolge der Liste des Regierungsblocks und die vernichtende Niederlage der nationalistischen Parteien und begründet es auch, daß die Ukrainer und die Westrußen in so geringer Zahl in den neuen Sejm eingehen werden. Die nationalen Zeitungen beschäftigen sich vorwiegend mit der polnischen und sozialistischen Zusammensetzung des neuen Sejm. Für sie ist das westliche Ergebnis des Wahlergebnisses die darin zum Ausdruck kommende Radikalisierung.

Mittelstand und Handwerk.

Deutscher Reichstag.

(394. Sitzung.) — OB. Berlin, 6. März.

Ohne Ausnahme wird in allen drei Lesungen das Gesetz über die weitere Erleichterung der Bindung einzelner Länder und Gemeinden an die Steuererleichterung bis zum 1. April 1929 angenommen. Die zweite Lesung des Gesetzes des Reichswirtschaftsministeriums wird fortgesetzt.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius nahm zu einer Reihe von Fragen Stellung, die in der Debatte aufgeworfen waren, und befragt zunächst die Handelspolitik. Er wolle nicht, so sagte er, dabei befangen sein über die Entscheidung der deutschen Handelsvertreter in London, die er angenommen hat. Auch er stünde auf dem Standpunkt, daß manche Maßnahmen der englischen Regierung eine Verschärfung der Zolls bedeuten, die man neuerzeit gemeinschaftlich gefunden hätte. Es sei sehr verständlich, daß Deutschland bei der ermutigenden Gelegenheit

den Handelsvertrag mit England kündigen

werde, um so zu verhindern, das Verhältnis mit England auf eine andere Basis zu stellen. Zu Wortführern der Reichsvertreter, die sich gegen die Methode beim deutsch-italienischen Handelsvertrag richteten, seien nur diejenigen berufen, die auch von sich aus solche Methoden als verwerflich betrachten. Er könne sich darum nicht denjenigen anschließen, die das Recht in einer Grenzfrage für handelspolitische Mittel und in Einfuhrverboten sähen. Diese Forderungen ständen im Widerspruch zu den in der Genfer Weltwirtschaftskonferenz auch von der handelspolitischen Gruppe unter Zustimmung der deutschen Handelsvertreter festgestellten Grundsätzen. Seine, des Ministers, Industriepolitik, seine Bemerkungen um Zollfreiheit hätten nach seiner Überzeugung zugunsten der Landwirtschaft geboten. Am Zustandekommen des deutsch-italienischen Handelsvertrages, erklärte der Minister weiter, habe Reichsernährungsminister Schiele den stärksten Anteil gehabt.

Wenn Deutschland mit Polen zu dem Vertragsabschluss käme, so wäre das auf der Grundlage, die die Minister Schiele und Stresemann geschlossen hätten. Man dürfe den langsamen Fortgang der deutsch-polnischen Verhandlungen nicht einzeln auf deutsche Meinungen zurückführen. Die größten Schwierigkeiten ständen in der Wiederherstellung und Realisierung der Lage von Polen aus. Es sei beabsichtigt, wie die Fischpolenliste die deutschen Kleinbauern aus dem Zollbereich ausnehmen. Er habe keine Möglichkeit zur beschleunigten deutsch-schlesischen Verhandlung, wenn sich das nicht ändere.

Was die Fragen des Mittelstandes betrafte, so habe der Reichsernährungsminister die Beteiligung von Vertretern des Handwerkes und Mittelstandes an den Beratungen für die Durchführung des landwirtschaftlichen Reformprogramms vorgeschlagen. Die Einführung, in der eine Kontrolle der staatlichen Auftragsverwaltung verlangt werde, ginge nicht weit genug, weil sie sich nur auf die Reichsgebiete erstreckte, die nur 10 Prozent der Betriebe umfassen. Richtiger wäre es, wenn alle von Reich, Ländern und Gemeinden vergebenen Aufträge dem Reichswirtschaftsministerium mitgeteilt würden, das dann die gewünschte Kontrolle ausüben könnte.

Die Handwerkbewerte sei im Reichswirtschaftsrat auf erhebliche Schwierigkeiten gestoßen. Es sei daher nicht die Schuld des Ministers oder der Reichsregierung, wenn sie im Reichstag nicht mehr zur Veranschaulichung komme. Bei der Neugestaltung des Reichswirtschaftsrates sei den Wünschen des Handwerkes nicht genügend Rechnung getragen worden. Ingesamt ist festzustellen, daß das Handwerk nicht etwa aufgelaufen sei.

Seit 1926 habe sich seine Lage entschieden gebessert als Folge der allgemeinen Konjunkturerholung. Eine Bereinigung von Reichs- und Arbeitsministerium sei unmöglich. Wenn Minister wäre in der Lage, ein derartiges ungelöstes Amt überhaupt nicht als Minister zu verwalten. Man müsse auf anderen Wegen dazu kommen, Schwierigkeiten zwischen den verschiedenen Reichs- und öffentlichen Stellen zu beseitigen. Der Minister trat weiter für stärkere Kundenpflege ein. Auch das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer müsse gebessert werden. Besondere Bedeutung würde hier der fünftägigen Reichswirtschaftswoche haben.

Hg. Hülsmann (Soz.) wies auf die große Produktionssteigerung im Kohlenbergbau hin. Die Bergarbeiter hätten an dem dadurch erzielten Gewinn wenig Anteil erhalten. Die hohen Kohlenpreise seien angefaßt der niedrigen Arbeitslöhne nicht gerechtfertigt.

Hg. Eber (Ztr.) wandte sich gegen den Redner der Wirtschaftlichen Reichsregierung. Auch im neuen Reichstag, so meinte er, würden die Vertreter des Handwerkes und des Kleinhandels nur etwas erreichen können, wenn sie sich auf die großen politischen Parteien stützen.

Beschärftete Bedrückung Südtirols.

Feldzug gegen deutsche Religionsbücher.

Die italienischen Lehrer in Südtirol haben den Auftrag erhalten, sofort darüber zu wachen, daß die deutschen Geistlichen keine deutschen Religionsbücher benutzen. Sie haben auch die Weisung erhalten, die Schulbücher der deutschen Kinder zu durchsuchen und die deutschen Religionsbücher zu beschlagnahmen. In zahlreichen Orten haben italienische Inspektoren deutsche Religionsbücher vor den Augen der Kinder zerrissen. Ein italienischer Lehrer in Neumarkt bißt die Bücher und vernichtete eine Anzahl geübter deutscher Katholiken. — In Wien ist eine Beschlagnahme von deutschen polnischen Büchern durch die Deutschen erfolgt, eine Erklärung der bisherigen Unterdrückung in der „Waldau“-Affäre vorzunehmen und einen neuen Bericht, der ausschließlich die „Waldau“-Affäre behandelt, fertigzustellen und dem Hauptausgang zuzuleiten.

Waldau-Konferenz beim Reichszentralrat.

Einladung der Parteiführer.

Reichszentralrat Dr. Marx, der zwar auf dem Wege der Verschärfung, aber immer noch nicht auf dem Wege der Parteiführer des Reichstages für Mittwoch zu vertraulichen Besprechungen über die Waldauangelegenheiten in die Reichstagskammer eingeladen. Die Reichsparteien sind für die Mittagsstunden, die Sozialdemokraten und Demokraten für später gebeten. Ob dabei auch die Frage der Veröffentlichung der Waldauangelegenheiten in die Öffentlichkeit zu kommen, steht dahin. Die Reichsregierung hat sich bis jetzt nicht entschlossen, diese Denkschrift zu veröffentlichen. Es heißt, daß der Bericht nicht erregend genug sei und daß der Hauptausgang des Reichstages zu Klärungen gewonnen sei. Man erwarte eine abschließende Klarstellung der Waldauangelegenheiten auf dem Reichstag, eine Erklärung der bisherigen Unterdrückung in der „Waldau“-Affäre vorzunehmen und einen neuen Bericht, der ausschließlich die „Waldau“-Affäre behandelt, fertigzustellen und dem Hauptausgang zuzuleiten.

Das Reichskabinett hielt eine Sitzung ab, bei der u. a. auch der Personalrat beraten wurde. Wie mitgeteilt wird, werden auf keinen Fall neue Einführungen großen Umfangs vorgenommen werden. Jedoch soll möglichst Beschäftigung der unteren Beamten versucht werden.

Die Unterredung Stresemann-Briand.

Die öffentliche Sitzung des Völkerbundes am Dienstag dauerte nur 2 1/2 Stunden. Die auf der Tagesordnung vorgesehene nichtöffentliche Sitzung, in der eine erste Aussprache über den Zustichfall in Sent-Gothard stattfinden sollte, kam nicht zustande. Sie wird nunmehr für Mittwoch erwartet. Am Dienstag nachmittag war eine eingehende Besprechung der fünf führenden Staatsmänner angefaßt, die vor allem der weiteren Beratung des Völkerbundesratungsgesuchs der Vereinigten Staaten über den Zustichfall und einer ersten Aussprache über die Rote des amerikanischen Staatssekretärs Kellogg und seiner Aufforderung zum Abschluß eines allgemeinen Nichtangriffspaktes gewidmet sein wird.

Allgemeine Beachtung findet in Genf die Zusammenkunft zwischen dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann und Briand, die etwa eine Stunde dauerte. Aber den Inhalt der Besprechungen wird wie immer strengstens Verschwiegenheit beobachtet. Wie es heißt, soll Dr. Stresemann Briand gegenüber versichert haben, daß er während dieser Tagung die Frage der Weisensandklärung nicht ansprechen würde, dagegen sich vorbehaltlich der Zustimmung des Völkerbundes diese Frage zur Sprache zu bringen. Im übrigen soll zwischen beiden Staatsmännern die unangenehme Waffenfrage besprochen worden sein, ohne daß Dr. Stresemann bereits die Stellung Deutschlands zu dieser Frage festgelegt haben soll.

Abchluss der Verhandlungen

des Sicherheitsausschusses

Der Sicherheitsausschuss hat die verschiedenen Resolutionsentwürfe für das Schiedsgericht...

Vorb. Cuffenbaur erklärte hierzu, die englische Regierung empfehle förmlichen Staaten die Unterzeichnung der Klausel...

Heiliger Krieg im Strafgebiet?

Englische Maßnahmen

Der Botschafter von Saud hat auf einer Konferenz mit den Führern der wichtigsten Stämme...

Auf Grund der Entscheidung von Saud erwartet man nunmehr einen Kreuzzug gegen das Strafgebiet...

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Christlich-nationale Bauernpartei

Die erste ordentliche Vertreterversammlung der Christlich-nationalen Bauernpartei...

Aus dem preussischen Ministerium des Innern wird mitgeteilt, für die preussische Staatsregierung sei kein Grund vorhanden...

Nordamerika

Die Freigabe des fremden Eigentums

Schlagfertig Mellon hat bei den beiden Häusern des Parlaments angenommen...

Aus S. und Ausland

Berlin. Eine Tagung des Reichsausschusses des Zentrums ist kurz nach Ostern in Aussicht genommen...

Berlin. Die 47. Jahrestagung des Vereins für das Deutschtum im Ausland findet auf Einladung...

Bremen. Die unter dem Vorsitz des Präsidenten der Bürgerlichkeit geführten Verhandlungen...

Nam. Das Ministertum veröffentlicht einen Erlaß mit Gesetzeskraft, durch welchen die am 18. Oktober 1923...

Aus der Umgegend

Neuba, 8. März.

Ein nachträgliches Kriegsoffer. Am Freitag konnte man langanhaltend die Denkmalsglocke läuten hören...

Ein Modell der Jugendherberge. Von der im Bau begriffenen Jugendherberge, Miteilebehau Kreis Querfurt...

Verurteilung. Vor dem erweiterten Schöffengericht in Naumburg wurde bei verfahrenen Eären wegen verurteilter Notdurft...

Personalnotizen. Landjäger-Oberleutnant Preßfeld-Querfurt, Landjägermeister Heringslach in Laucha...

Denkmal des Hindenburg-Jubiläums-Gedenkmünze? Bestellungen werden von sämtlichen Banken und Sparkassen...

Ein Studienfahrt zur Einführung in das Verständnis der geologischen Karte...

Die Verzeihnisse der Postbesuchenden bei den Postbesuchenden im Deutschen Reich werden in nächster Zeit nach dem Stand vom 1. Januar 1928 neu festsetzen...

Die Gausortnerturniere in Esleben am Sonntag hatte einen guten Verlauf aufzuweisen. In der Turnhalle des Männerturnvereins...

Die Turnerjugend des Ruffhölzerganges gedachte der Gefallenen in einer stillen Feier am Ehrenmale bei der zerfallenen Kapelle...

Die Turnerjugend des Ruffhölzerganges gedachte der Gefallenen in einer stillen Feier am Ehrenmale bei der zerfallenen Kapelle...

feinen Worten. Eine Kranznieberlegung beschloß den weißwolligen Alt. Eine Wanderung nach den Rastfeldern schloß sich an...

Die Turner in Halle. Am 15. April wird wie alljährlich der Guldelauf der Deutschen Turner durch die Halle ausgetragen werden...

Reinsdorf's Art. Feueralarm ertönte am Sonnabend 9 Uhr abends. Die Schulflechte stand in Flammen. Dem sofortigen Eingreifen der freiwilligen Feuerwehr gelang es...

Art. Der Laßtattwagen der Rosenheimer Raufsch und Buße in Art. geriet, von Frankenhausen kommend, in der Nähe von Sörschhof am Sonntag früh...

Halle. Die zweite Vortragsreihe der staatswissenschaftlichen Fortbildungskurse in der Universität Halle, die vom 27. Februar bis 10. März stattfand...

Bergkisa. Unter im November 1927 nach Gottha verbezogener Ortsgemeindeführer Pfarrer Bauer, ein eifriger und erfolgreicher Bienerzähler...

Coburg. Zur Frage der Aburteilung Heins wird mitgeteilt, daß jetzt auch die sächsische Regierung die Pfarrer Morhart Heins an das Schwurgericht Coburg überweisen hat...

Widau. Ein furchtbares Unglück ereignete sich am Freitag nachmittag in der Bosenstraße, Ecke Römerstraße. Die Kömerstraße entlang kam der Inhaber einer Tabakwarengroßhandlung...

Nach und Fern

11 000 Eier zerfallen. In einer Geflügelfarm der Ergon-Altiengeossenschaft auf dem früheren Flugplatz in Karlsdorf bei Berlin wurden in einem der Wirtschaftsgelände...

Arbeitsunfall beim Kanonenbau. Ein Zirkus-Schneider in Stuttgart wurde Wibratils, der Artill, der sich, wie der Überlieferung nach aus Mühlhausen, aus der Kanone schießen ließ...

Bei einem Wirtstanzstreich erschlagen. Kurz nach einer Kanoniere in einer Gastwirtschaft in Schwarmfeld, die sich auf der Straße fortsetzte...

Ein Steinwurf vom D-Zug überfahren. Zwischen Merseburg und Oppenheim am Rhein überfuhr an einem Eisenbahnübergang infolge nicht rechtzeitigen Schließens der Schranke ein D-Zug ein Hanomag-Auto...

Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet. Der Präsident der Internationalen Hochschulgemeinschaft, Marzich, der sich in seinem Auto zu einer Sitzung des Hochschulgemeinschafts nach Paris begeben wollte...

Ein Mann wird erschossen. Der Direktor hat vor einigen Jahren schon ein einmännliches Tier erschossen lassen. Die Direktor hat vor einigen Jahren schon ein einmännliches Tier erschossen lassen...

Ein neue Nichte. In Rizza hat ein 16-jähriges Mädchen seinem Onkel 100 000 Frank in Wertpapieren und Banknoten anvertraut...

Ein Hotel für 100 Millionen Dollar. In New York ist ein Hotel im Bau, das in 36 Stockwerken 2500 Zimmer

Der März im Volksmunde.

Vom sechsten begonnenen März wünschen die Landleute, daß er trocken sein soll und nicht mehr allzuviel Frost und rauhe Winde bringe. Das kommt in vielen Gegenden zum Ausdruck. So heißt es: „Sticht der März trocken, bringt er feste Broden“, „Küßt der März dich trocken an, bringt er Brot für Iehermann“, „Trockener März ist Freude für des Landmanns Herz“, aber auch entgegengeleitet: „Wenn der März ist feucht, wird das Brot sehr leicht“, „Nasser März hat keinen Wert, Märztaub ist sehr begehrt“, „Reuchter März, Landmanns Schmerz“, und weiter: „Märzregen ist niemals von Segen“. Im Westen Deutschlands fast man: „Trockener März, nasser April, kühler Mai verheißt viel Wohl, Obst und Heu“, und in Süddeutschland: „Märztaub bringt Gras und Laub“, oder auch: „Ein Tot Märztaub ist einen Datsen wert“. Freilich, noch sind im März Rückschlüsse zu erwarten, deshalb: „Märztaube — kurze Beene“, „Märztaubtaube läßt auf den Fluren noch nichts bedeuten“, „Es ist kein März so gut, er legt dem Jaun ein Gut“ (von Schne), „Ein grüner März bringt selten etwas Gutes“, „Märzgrün soll man mit Holzschlägen wieder in die Erde schlagen“ oder „Märzgrün und Weibersinn ist im Sandumdreien hin“ und „Märzgrün bringt selten Regen“. Im März beginnt man die Aussaat und es heißt: „Im März nimmt der Bauer den Pflug beim Sturz“, aber auch damit soll man nicht allzu früh beginnen. „Steh du im März so früh, ist's oft vergebene Müß!“ Andere Bauernregeln für den März sind: „Was der März gibt, nimmt oft der April“, „Donner's im März, schneit's im Mai“, „Ein kalter Märztaub ist eine Krone wert, doch allzu frühes Laub wird gern vom Frost verhehrt“, „Eck die Märzgrauer, dann der Frühling“ und „Der März soll kommen wie ein Wolf und gehen wie ein Lamm.“

Erstattung zuviel gezahlter Lohnsteuer.

Der der Überzahlung ist, daß er im Steuerjahre 1927 an Lohnsteuer mehr gezahlt hat, als er zu zahlen verpflichtet gewesen wäre, kann bei dem Finanzamt, in dessen Bezirk er am 31. Dezember 1927 wohnte, ein Verlangen stellen, ihm die gezahlte Steuer zu erstatten. Alle Ansprüche müssen aber bis zum 31. März d. S. gestellt sein; später eingereichte Anträge werden nur in ganz besonderen Fällen berücksichtigt. Einen Erstattungsantrag

stellen können alle diejenigen, welche im Jahre 1927 infolge eines Verdienstaufschlags gehabt haben; ferner jeder, der durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse (unregelmäßige Beschäftigungen durch Unterhalt oder Erziehung der Kinder, Unterhalt mittellose Angehöriger usw.) in seiner Leistungsfähigkeit stark beeinträchtigt worden ist; weiter jeder, der nicht mehr verdient hat, als ihm an Freiabgaben (nicht steuerpflichtigen Beträgen) zuzurechnen ist; endlich jeder, bei dem der Steuerabzug unrichtig erfolgt ist, ohne daß er den unrichtigen Abzug selbst veranlaßt hat. Bei Erstattungsanträgen wegen Verdienstaufschlags muß der Antragsteller ein Formular ausfüllen, das bei den Finanzämtern kostenlos zu haben ist; bei Anträgen wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse müssen diese ungunstigen Verhältnisse genau dargelegt werden. Den Anträgen beizufügen sind: die Steuerform für 1927 und, wenn Steuermarken gestellt worden sind, die betreffenden und entwerteten Markenbogen oder die Bescheinigung des Finanzamtes über ihre bereits erfolgte Ablieferung; eine Bescheinigung des Arbeitgeber über die Höhe des Lohnes, die abgezogene Lohnsteuer, die Dauer der Krankheit usw.; bei Verdienstaufschlag wegen Krankheit eine Bescheinigung der Krankenkasse, bei Verdienstaufschlag wegen Erwerbslosigkeit, Ausperrung oder Streik die Erwerbslosenkontrollkarte; bei besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnungen oder sonstige geeignete Belege. Erstattet wird niemals mehr, als im Jahre 1927 an Lohnsteuer gezahlt worden ist. Wenn das Verlangen einfließt, die Steuererstattung (Steuere) für nicht steuerpflichtige Beträge nicht überbringt hat, wird die volle gezahlte Lohnsteuer erstattet. Bei besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen bestimmt das Finanzamt nach eigenem pflichtgemäßem Ermessen den zu erstattenden Betrag. Eine Erstattung findet nicht statt, wenn überhaupt keine Lohnsteuer gezahlt worden ist; wenn trotz Verdienstaufschlags die zurechenbare (nicht steuerpflichtigen Beträge) voll berücksichtigt worden sind; wenn weniger als vier Mark zu erstatten wären; wenn die Erstattung wegen höherer Verpfändungen und Sonderleistungen beantragt wird; wenn der Steuerpflichtige zur Einkommensteuer veranlagt worden ist.

Das gefährliche Handbuch.

Das häufige Handbüchlein stellt bekanntlich eine der Grundregeln zur Verhütung der Brandheißübertragung dar. Wenn auch der Satz: „Vor dem Essen Handwäschen nicht vergessen“ heute schon fast allgemein bekannt ist, so werden doch viele Menschen durch die Benutzung des gefährlichen Handbüchleins durch die Benutzung des Handbüchleins. Nur zu oft wird das Handbuch nämlich nicht von einer Person allein in benutzt, sondern die ganze Familie pflegt

sich meist an ein und demselben Handbuch die Hände abzuwischen. Das ein solches Handbuch leicht ein Sammelplatz aller möglichen Krankheitserreger kann, steht außer Frage. Im Hausstaub muß jeder für jedes Familienmitglied für den Gebrauch des Handbüchleins die Forderung erhoben werden: „Siedem das Seinen!“ Dies schäme ich nicht, es aber in häuslicher Beziehung mit der Benutzung von Handbüchern in öffentlichen Lokalen, Eisenbahnen usw. Hier finden wir entweder nur ein kleines Handbuch, das von tausendförmigen Personen benutzt werden muß, oder aber das über eine ganze gepulverte sogenannte „unendliche“ Handbuch. Welche Straftat ist das? Handbüchlein dieser Art Handbücher darstellen, braucht ebenfalls kein Gesetz zu werden. Indessen auch die kleinen Handbüchlein, die in den 20-Jägern häufig zu finden sind, genügen den billigen Anforderungen der Hygiene meist besah nicht, weil sie oft nur oberflächlich benutz und deshalb auch nur oberflächlich gereinigt werden. Häufig ist es Gebrauch von Papierhandbüchern, die nach der Benutzung wegzuwerfen werden, von gesundheitslichen Standpunkte aus zu begrüßen. In neuester Zeit hat man einen für sanitärhygienischen, Eisenbahnen usw. zwecklos sehr brauchbaren Vorschlag gemacht. Man bringe in den meist mit elektrischem Licht versehenen Bahnwagen neben den Waggons einen Ventilator von geringer Stärke an, der durch einen Druck auf einen Knopf in Bewegung gesetzt wird und einen erdindichten Luftstrom produziert die kalte Luft in kürzester Zeit und schaltet damit die Verwendung des gefährlichen Handbüchleins vollständig aus.

Gewährung von Elternbeiträge. In der neuen Fassung des Reichsverordnungs-Gesetzes bestimmt § 45, Absatz 4, daß Elternbeiträge auch gewährt werden kann, wenn die Voraussetzung, daß der Verstorbenen der Erbträger gewesen ist oder geworden wäre, nicht voll erfüllt ist. Wenn das der Fall ist, soll nach dem Gesamtbild des Einzelfalles gerichtlich werden. Soweit eine Schätzung möglich ist, soll die Elternbeiträge, bedürftigkeit vorausgesetzt, nicht mehr verweigert werden, wenn der Verstorbenen jetzt mindestens ein Drittel der Kosten des Lebensunterhaltes seiner bedürftigen Eltern tragen würde. Dies soll in der Regel ohne weiteres angenommen werden, wenn der Tod mehrerer Söhne aus die Folgen von Dienstbeschädigungen zurückzuführen ist, soweit es nicht möglich ist, die Erbträgerfrage voll zu bejahen. Auch beim Verlust des einzigen Sohnes soll besonders wohlwollend verfahren werden. Anträge am Grund dieser Bestimmungen sind bis spätestens zum 31. März beim zuständigen Verwaltungsamt zu stellen.

Privat-Realschule Nebra.

Laut Generalversammlungsbeschluss am 2. März ds. Js. soll die hiesige Privat-Realschule am 31. ds. Mts. aufgelöst werden. Alle diejenigen, welche glauben, noch Ansprüche irgendwelcher Art an die Schule zu haben, werden hiermit aufgefordert, ihre Forderungen bis zum 20. ds. Mts. an den Unterzeichneten schriftlich zu stellen. Später eingehende Forderungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Nebra, den 5. März 1928.

Der Vorstand. Rindelhardt.



Arbeiter-Radfahrer-Verein „Solidarität“ Ortsgruppe Nebra

Zu unserem am Sonntag, den 11. März er. im Gasthof „Brennlicher Hof“ stattfindenden

Theaterabend und Ball

an welchem das Eingpiel: „Jung muß man sein, wenn man lieben will“ zur Aufführung gelangt, ladet Freunde und Gönner herzlichst ein. Der Vorstand. Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

VORANZEIGE

Freiw. vom Sanitätskolonne des Roten Kreuz NEBRA

Sonntag, den 18. März 1928, von abends 8 Uhr ab im „Schützenhaus“

Theater und Ball.

Hobeldielen Stabretter Fußleisten in sauberster Bearbeitung

Kanthalzisten Dachlatten Schalbretter in allen Stärken

Tischlerbretter

Fichte und Kiefer, besäumt und unbesäumt in allen gangbaren Dimensionen am Lager

Thüringer Holzwerke, Rossleben

Fernsprecher 63 Am Bahnhof

Verkauf: Einen 4" -Wägen, einen 2" -Wägen, einen Kastenwagen, einen kleinen Leiterwagen, 1 Getreideerntungsmaschine, 1 Zimmermann'sche Drillmaschine, sowie 2 kompl. Kufschneidern. Fritz Gödicke, Wohlmerstedt.

Spielfarten

empfehlen W. Gauer, Rossleben

Teppiche — Läufer ohne Anzahlung in 10 Monatsraten lieferbar. Teppichhaus Agays Glück, Frankfurt a. M. 636 Schreiben Sie sofort!

GESCHÄFTS BÜCHER



J. C. KÖNIGSBERG HANNOVER sowie Fabrikate jeder anderen leistungsfähigen Geschäftsbücherfabrik, Büromöbel u. Schreibmaschinen d. besten deutschen Systeme lieferbar. Buchh. W. Gauer, Rossleben.

RENSDORF Sonntag, den 11. März, von nachmittags 1/2 3 Uhr an Preisskat. Um rege Beteiligung bittet H. Bernschein. Abends von 8 Uhr an Gesangs-Konzert und Ball.

MODENSCHAU Lyon's illustriertes Zeitblatt für Heim und Gesellschaft Erscheint monatlich im Umfang von 58 Seiten in eleganter, mehrfarbiger Ausstattung 30 Seiten Mode 28 Seiten Unterhaltung Ueber 180 neue Modelle in jedem Heft Preis 70 Pfennig Unentbehrlich für Schneiderinnen Zu haben in allen Buchhandlungen

Drucksachen aller Art in moderner Ausführung liefert prompt und gut Buchdruckerei W. Sauer ROSSLIBEN Der Deutsche Rundfunk Größte Funkzeitung mit allen Programmen und großem Unterhaltungs- und Baffert. Nur 50 Pf. jede Woche. Bestellung bei jedem Postamt und in jeder Buchhandlung. Probenummern kostenlos vom Verlag Berlin K24 Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Mannes und unseres guten Vaters Hermann Kretzschmar sagen wir allen denen, die ihm bei seinem schweren Leiden zur Seite standen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten und uns jetzt hilfreich unterstützten, für all die bewiesene Liebe und Teilnahme hierdurch unseren herzlichsten Dank. Witwe Marta Kretzschmar und Kinder. Nebra, 6. März 1928.

Der Sport-Sonntag Das Blatt für jeden Sportsmann! Wer über die lokalen Sport-Ereignisse hinaus auch über alle beprechungswerten sportlichen Veranstaltungen des In- und Auslandes eingehend informiert sein will, lese den Sport-Sonntag Deutschlands führende Sportzeitung mit der hochaktuellen Sportbilderbeilage. Monatlicher Bezugspreis Mk. 1.50 zuzüglich 12 Pfg. für Postbefreiung bei Lieferung frei ins Haus Verlangen Sie Probenummern! „Der Sport-Sonntag“ Leipzig C 3, Peterssteinweg 19.

Nebrer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 M.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf. Einmalige Annahmestelle am Duedlanger bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Banverein Arten.

Nr 29

Donnerstag, den 8. März 1928

41. Jahrgang

Pilsudskis Sieg.

In den östlichen Staaten Europas muß man parlamentarische Wahlen sojuzalen in Anführungsstriche setzen, denn mit der Freiheit der Wahlabgattung ist es für die politische Opposition ebenso schlimm bestellt wie mit der der Stimmabgabe. Und meistens auch mit der Zurechnung der Ermittlung des Wahlergebnisses. Der Herr und Beschützer des Einparteiensystems und verglichen mit einem Attila'schen und die Regierung erhält dann meistens auch gerade das von ihr gewünschte Resultat.

Pilsudski hat sich ja als Diktator in einer sehr betonten Gegenüberstellung zum Parlament überhaupt befunden und seine Wahlparole war auch gar nicht parteipolitisch. Er wollte zusammen eine Partei der anständigen Leute bilden, die namentlich der tief eingegriffenen Korruption der früher unumschränkt regierenden, übrigens fast ausschließlich nationalen Rechte zu Leibe gehen sollte. Parlamentarisch gesehen, steht er noch immer links, wenn auch an ihm von den Parteien seiner 1922/23 Wahlenherangehen fast nur noch etwas übriggeblieben ist. Hierfür hat er natürlich aber trotzdem alle Mittel osteuropäischer Wahlbeeinflussung eingesetzt, namentlich im Osten Polens, und das trug recht viel zu dem Erfolg bei, den er errungen hat. Er hat jetzt eine Partei unbedingter Anhänger hinter sich von einer Größe, wie sie bisher kein polnischer Ministerpräsident zur Verfügung gehabt hat.

In Deutschland hat man aus naheliegenden Gründen den Wahlkampf sehr genau verfolgt und mit großer Bitterkeit feststellen müssen, daß dabei gegen die Deutschen in Polen nicht minder scharfe Stimmmethoden der Behörden gebraucht wurden als früher in der Zeit der Nationalistenherrschaft. Aber wenig sollte man sich vor dem Glauben hüten, als bediene das Regime Pilsudskis irgendeine besondere Wandbarhaltung den Deutschen gegenüber. Weder oder einem anderen noch in den Beziehungen zum Reich. Darin findet sich eben alles in Polen zusammen, gleichgültig, ob man Freund Pilsudskis oder dessen Gegner ist, ob man links oder rechts steht. Die politischen Wahlen sind eben eine durch und durch inempolitische Angelegenheit gewesen und werden es in ihren Auswirkungen auch bleiben.

Um so erfreulicher der große deutsche Erfolg, namentlich der in Ostpreußen. Man weiß ja, wie es dort im Wahlkampf zuging, den vorwiegend der Weimarer Staatsrat leitete, ein für den obersten Führer bei den Einfällen der polnischen Jungmänner nach Oberschlesien hinein. Anbetung der deutschen Zeitungen, Verfolgung jedes Deutschen, der öffentlich für sein Volkstum eintrat, Gewalttaten und schwerer Terror bei deutschen Wahlversammlungen, die schließlich gar nicht mehr stattfinden konnten, weil sie durch den Weimarer Verein anpreisung wurden — und trotz alledem haben die dortigen Deutschen über 70 000 Stimmen mehr erhalten als bei den letzten Sejmwahlen 1922. Nur 4000 Stimmen weniger als aber mit allen oben erwähnten Mitteln arbeitende Weimarer Staatsrat. Dabei sind seit 1922 an 22 000 Deutsche aus Ostpreußen ausgewandert. Die Drift des deutschen Erfolges wäre noch größer geworden, wenn die deutschen Sozialisten es nicht abgelehnt hätten, mit der deutschen Wahlgenossenschaft zusammenzugehen, sondern sich lieber mit ihren polnischen Mitgenossen verbunden.

Ähnlich ist es in Frankreich. Die deutsche Befehlsführung gegen die polnische Regierungswelle mit dem gleichen langgestimmten andrängen, nicht bloß gefahren, sondern in einzelnen Wahlkreisen trotz aller Schwierigkeiten noch erweitert. Wäre es den Polen nicht gelungen, mit besonders brutalen Mitteln die weimarerische und ostpreussische Wahlgenossenschaft einfach zusammenzuschlagen, und hätten nicht die polnischen Parteien infolge einer verhängnisvollen Zerplitterung schwere Verluste erlitten, so wäre der Weimarer Erfolg, in dem alle diese Parteien zusammengefaßt sind, in sehr viel größerer Stärke in den Sejm eingezogen, als das jetzt geschieht. So aber blieb es bei einem Gewinn von fünf Mandaten. Und das erfreulichste der Beweis ist geliefert, daß das Deutschtum in Polen lebt und sich seiner Kraft bewußt ist.

Der Wahlausfall in Polen.

Pilsudskis Stellung geskärft.

Die am Sonntag stattgefundenen Wahlen zum Polnischen Sejm (Abgeordnetenhause) haben, soweit sie jetzt erledigt ist, eine Stärkung für die Stellung des Ministerpräsidenten zum Reichsstaats Pilsudski gebracht. Die dem polnischen Regime feindliche Rechte verlor aufeinander eine große Anzahl von Mandaten. Sozialdemokraten und demokratische Kleinbauern konnten sich behaupten oder an Mandaten gewinnen, die Kommunisten gewannen an vielen Stellen.

Die deutsche Minderheit in Ostpreußen und Polen hat sich glänzend behauptet oder ihre bisherigen Siege vermehrten können. Die Wählergebnisse sind weitgehend drei Mandate in Pilsudski und Bromberg und eines in Oberschlesien gewonnen haben.

Das bis Montag nachmittag mit Sicherheit vorliegende Gesamtergebnis verzeichnet etwa die Hälfte der Mandate. Danach erhielt der Regierungswahlblock (Pilsudski) 50 Mandate, die Sozialisten 27, die linken Wahlblöcke der Rechten zusammen 25, die radikalen Klein-

parten 14, die regierungsfreundliche Bauernvereinigung 8, die neue obersteleische Sondergruppe Korwin's 3, die Kommunisten 6. Der Rest der nationalen Minderheiten hatte um die gleiche Zeit bereits 21 Mandate, die übrigen Minderheitspartien 10.

Die Sozialisten rechnen auf 60 (gegen 44) Mandate, die Regierungsliste dürfte 110 erhalten, der Minderheitsblock 70, die Radikalen 40 bis 45. Die Rechte verliert hart.

Das Wahlergebnis in Polen.

Die Erfolge der deutschen Listen.

Erst jetzt werden von den am Sonntag stattgefundenen Sejmwahlen in Polen die genauen Ergebnisse bekannt. Danach erhielt der Regierungswahlblock mit seinen regierungsfreundlichen Gruppen 138 Abgeordnete, sozialistische Abgeordnete und sozialistisch eingestufte Bauernpartei 121 Mandate, nationaler katholischer Rechtswahlblock 80 (früher rund 260) Abgeordnete, nationale Minderheiten insgesamt 75 (Minderheitsblock 56), Kommunisten und kommunistisch eingestufte Gruppen 27, rechte Parteien 10, darunter drei Konstant-Mandaten Ober-Schlesien. Zusammen hat der Polnische Sejm 444 Abgeordnete.

Die Meldungen aus allen Wahlkreisen ergeben die Feststellung, daß die Deutschen überall große Erfolge errungen haben. In Posen wurden drei deutsche Mandate, in Posen 4, in Oberschlesien und in dem Polen ausgeprochenen österrheinischen Teil Schlesiens 6 erzielt; überdies noch 3 deutsche Mandate in dem westlichen Wahlkreis Polens (Lodz, Konin und Warschau). Dann wurde noch gewählt ein Deutscher im Landreise von Kemberg. Hierzu kommen noch westpreussisch ein oder zwei deutsche Mandate von der Staatsliste des Minderheitsblocks, so daß man die Gesamtheit der deutschen Abgeordneten bei der politischen Landtagssitzung auf 19 schätzen kann.

Am 21. März wird voraussichtlich der neue Sejm zu seiner ersten Sitzung zusammenzutreten. Ohne sich schon in Kombinationen über die zukünftige Regierungsgestaltung einzulassen, betont die polnische Regierungspresse die großen Erfolge der Liste des Regierungswahlblocks und die verhängnisvolle Niederlage der nationalistischen Parteien und begrüßt es auch, daß die Ukrainer und die Weimarer in so geringer Zahl in den neuen Sejm einzeln werden. Die nationalen Zeitungen beschäftigen sich vorwiegend mit der politischen und sozialpolitischen Zusammensetzung des neuen Landtags. Für sie ist das wesentliche Merkmal des Wahlergebnisses die darin zum Ausdruck kommende Nationalisierung.

Mittelfstand und Handwerk.

Deutscher Reichstag.

(394. Sitzung.) OB. Berlin, 6. März.

Ohne Aussprache wird in allen drei Lesungen das Gesetz über die weitere Hinausführung der Bindung einzelner Länder und Gemeinden an die Steuerbeitragsverträge bis 1. April 1929 angenommen. Die zweite Beratung des Gesetzes des Reichswirtschaftsministeriums wird fortgesetzt.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius nahm zu einer Reihe von Fragen Stellung, die in der Debatte beantwortet waren, und betraut zunächst die Handelspolitik. Er wolle nicht, so lautet er, dabei sofort sein über die Entscheidung, das Handelsvertragsverhältnis mit England angenommen hat. Auch er stünde auf dem Standpunkt, daß manche Maßnahmen der englischen Regierung eine Verletzung der Weltbörse bedeuten, die mit feinergründlichkeit gekämpft werden müßte. Es sei selbstverständlich, daß Deutschland bei der Ermöglichung der Gelegenheit

den Handelsvertrag mit England kündigen werde, um zu verlangen, das Verhältnis mit England auf eine andere Basis zu stellen. Zu Vorarbeiten der Regierung, die sich auf die Verhandlungen mit England beziehen, seien die notwendigen Vorarbeiten zu treffen, die notwendig seien, um die Verhandlungen zu ermöglichen.

Die Forderungen der Weimarer Gruppe unter Justizminister Dr. Brüning, die die Handelspolitik, keine haben nach seiner Meinung. Am Justizministerium, so vernehmlich Minister

um Vertragsgrundlage, die die den hätten. Man sch-politischen Ver- Se m u n g an den Reichstag von Polen aus. Es le deutschen Klein- Er habe keine schlichen Verhand-

und es betraf, die Verhandlungen von Ver- die vertrete, die nur ger wäre es, wenn habenen Aufträge würden, das

Die Handelsverträge sei im Reichswirtschaftsamt auf erhebliche Schwierigkeiten gestoßen. Es sei daher nicht die Schuld des Ministers oder der Reichsregierung, wenn sie im Reichstag nicht mehr zur Beratung kommen. Bei der Abgattung des Reichswirtschaftsamt sei den Wünschen des Handelsvertrags nach Rechnung getragen worden. Ausgama sei festzustellen, daß das Handelsvertragsamt nicht etwa aufgekauft sei.

Seit 1926 habe sich seine Lage entschieden verbessert als Folge der allgemeinen Konjunkturbesserung. Eine Vereinbarung von Wirtschafts- und Arbeitsministerien sei unmöglich. Kein Minister wäre in der Lage, ein derartiges ungelöstes Amt überhaupt noch als Minister zu verwahren. Man müsse auf anderen Wegen dazu kommen, Schwierigkeiten zwischen den verschiedenen Wirtschafts- und öffentlichen Stellen zu beseitigen. Der Minister trat weiter für stärkere Außenprüfung ein. Auch das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer müsse gebessert werden. Besondere Bedeutung würde hier der künftige Reichswirtschaftsamt haben.

Hg. Hufmann (Zs.) wies auf die große Produktionssteigerung im Koblentzgebiet hin. Die Verarbeiter hätten an dem dadurch erzielten Gewinn wenig Anteil erhalten. Die hohen Rohstoffpreise seien angefaßt der niedrigen Arbeitslöhne nicht gerechtfertigt.

Hg. Eger (Str.) wandte sich gegen den Rechner der Wirtschaftlichen Vereinigung. Auch im neuen Reichstag, so meinte er, würden die Vertreter des Handelsvertrags und des Kleinhandels nur etwas erreichen können, wenn sie sich auf die großen politischen Parteien stützen.

Verstärkte Bedrückung Südtirols.

Feldzug gegen deutsche Religionsbücher.

Die italienischen Lehrer in Südtirol haben den Auftrag erhalten, sofort darüber zu wachen, daß die deutschen Geistlichen keine deutschen Religionsbücher benutzen. Sie haben auch die Weisung erhalten, die Schulbücher der deutschen Kinder zu durchsuchen und die deutschen Religionsbücher zu beschlagnahmen. In zahlreichen Orten haben italienische Amtspersonen deutsche Religionsbücher vor den Augen der Kinder zerrissen. Ein italienischer Lehrer in Sengmoos billigte die Kinder und verurteilte eine Anzahl gegebener deutscher Katechismen. In der Zeitung ist eine Denkschrift ausgearbeitet, die eine Erklärung der Streite über die Deutschenverfolgung in Südtirol angeht. Die Denkschrift hat den europäischen Regierungen und dem Völkerverband überreicht werden.

Phöbuskonferenz beim Reichszangler.

Einladung der Parteiführer.

Reichszangler Dr. Marx, der zwar auf dem Wege der Pensionierung, aber immer noch Kraft hat, hat die Parteiführer des Reichstages für Mittwoch zu vertraulichen Besprechungen über die Phöbusangelegenheiten in die Reichszanzlei eingeladen.

Die Reichsparteien sind für die Mittagsstunden, die Sozialdemokraten und Demokraten für später gebeten. Ob dabei auch die Frage der Veröffentlichung der Denkschriften des Sozialdemokraten Sämli in der Sprache kommt, steht dahin. Die Reichsregierung hat sich bis jetzt nicht entschlossen, diese Denkschrift zu veröffentlichen. Es heißt, daß der Bericht nicht erscheidend genug sei und daß der Hauptanstoß des Reichstages zu Mittfragen gebungen sein werde. Am ersten nächsten Marktag werden Parteiführer in die Reichszanzlei eingeladen, eine Erklärung der bisherigen Unterredung in der „Phöbus“-Affäre vorzunehmen und einen neuen Bericht, der ausschließlich die „Phöbus“-Affäre behandelt, fertigzustellen und dem Hauptanstoß zuzuleiten.

Das Reichstagsmitglied hielt eine Sitzung ab, bei der u. a. auch der Personalrat trat. Wie mitgeteilt wird, werden auf seinen Fall neue Einlieferungen großen Umfangs vorgenommen werden. Jedoch soll mögliche Berücksichtigung der unteren Beamten versucht werden.

Die Unterredung Stresemann-Briand.

Die öffentliche Sitzung des Völkerverbandes am Dienstag dauerte nur 2 1/2 Stunden. Sie auf der Tagesordnung vorgesehene nachöffentliche Sitzung in der eine erste Aussprache über den Zustand in Szent-Gothard stattfinden sollte, kam nicht zustande. Sie wird nunmehr für Mittwoch erwartet. Am Dienstag nachmittag war eine eingehende Besprechung der fünf führenden Reichstagsmitglieder angelegt, die vor allem der weiteren Beratung des Völkerverbandes über die letzten Entwürfe über Ungarn und einer ersten Aussprache über die Note des amerikanischen Staatssekretärs Kellogg und seiner Aufforderung zum Abschluß eines allgemeinen Nichtangriffspaktes gewidmet sein wird.

Allgemeine Beachtung findet in Genf die Zusammenkunft zwischen dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und Briand, die etwa eine Stunde dauerte. Über den Inhalt der Besprechungen wird wie immer strenges Stillschweigen bewahrt. Wie es heißt, soll Dr. Stresemann Briand gegenüber versichert haben, daß er während dieser Saugung die Frage der Rheinlandräumung nicht ansprechen würde, dagegen sich vorbehaltlos, auf der Zustimmung des Völkerverbandes diese Frage zur Sprache zu bringen. Am übrigen soll zwischen beiden Staatsmännern die ungarische Waffenaffäre besprochen worden sein, ohne daß Dr. Stresemann bereits die Stellung Deutschlands zu dieser Frage festgelegt haben soll.